

# Calmer Tagblatt

Nr. 263

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Copiennige, Familienanzeigen 8 C. Pf. Restamen 20 C. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Freitag, den 9. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustelgebühren 800000000 M. wöchentlich. Postbezugspreis 800000000 M. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Putzsch der National-Sozialisten in Bayern.

Sturz der bayrischen Regierung. — Absperrung Bayerns vom Reich. — Militär-Diktatur im Reich.

### Der Hitler-Putzsch.

München, 8. Nov. Im Münchener Bürgerbräukeller fand heute abend die angekündigte nationale Kundgebung statt, bei der v. Kahr unter wiederholtem Beifall ein Manifest an die deutsche Nation verlas, in dem er sich mit dem Marxismus befaßte. Besonders stark vertreten waren in der zahlreich besuchten Versammlung die Vaterländischen Verbände. Von der bayrischen Staatsregierung waren die Minister Dr. Schreyer, Wügelhofer und Krausned erschienen. Kommerzienrat Lenz sprach in einer Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß der Generalstaatskommissar der Führer sein möge in einem neueren, festeren, schwarz-weiß-roten Deutschland. Von privater Seite erhält das Südb. Korrespondenzbüro über die Vorgänge im Münchener Bürgerbräukeller folgenden Bericht. Nachdem der Generalstaatskommissar seine Rede beendet hatte, sei Hitler mit 600 Mann in den Saal eingedrungen und habe erklärt, daß die jetzige Regierung beseitigt sei. Eine neue Leitung sei bereits aufgestellt. General Ludendorff sei Landesbefehlshaber, Hitler politischer Berater und der frühere Münchener Polizeipräsident Böhmer Landesverweser. General v. Lossow sei Wehrminister. Daraufhin sei der Bürgerbräukeller von Hitlertruppen in weitem Umkreis abgesperrt worden. Zwischenfällen sei es bis 10 Uhr abends noch nicht gekommen. Zur Zeit sammelten sich die Kampftruppen „Oberland“ und „Reichsflagge“ in verschiedenen Stadtteilen und besetzten die Plätze. Ueber die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei lägen noch keine Meldungen vor. — Wie von privater Seite weiter mitgeteilt wird, soll Kahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen. Einer späteren Meldung zufolge ist das Telegraphenamtsamt von Landespolizei besetzt worden. In der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ seien Offiziere der Hitlertruppen erschienen.

### Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 9. Nov. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:  
An das deutsche Volk!  
In der Zeit größter außen- und innerpolitischen Bedrängnis haben sich Verblendete ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayrische Regierung gestürzt. Den bayer. Ministerpräsidenten von Krieger verhaftet und sich angemacht, eine Reichsregierung zu bilden, den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises, daß diese Putzschbeschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unseren Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrüttet alle Aussicht auf Abahnung einer wirtschaftlichen Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischen Gebiet haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gebessert hat. Alles ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München versucht wird. In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der deutschen Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit.

Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putzsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: (gez.) Ebert.

Die Reichsregierung: (gez.) Dr. Stresemann, Reichskanzler.

### Einstellung des gesamten Verkehrs nach Bayern.

Berlin, 9. Nov. Die Reichsregierung hat wegen der Absperrung der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung den gesamten Verkehr nach Bayern eingestellt. Irgendwelche Leistungen für Bayern finden bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nicht mehr statt.

### Übertragung der vollziehenden Gewalt dem Chef der deutschen Heeresleitung.

Berlin, 9. Nov. Der Reichspräsident hat einer Verordnung erlassen, durch die der Oberbefehl über die deutsche Wehrmacht dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, übertragen wird. Gleichzeitig geht die vollziehende Gewalt vom Reichswehrminister auf den General von Seeckt über, der alle zur Sicherheit des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

### Nachrichtensbeschränkung über die Ereignisse in Bayern.

Berlin, 9. Nov. Der Reichswehrminister erläßt unter dem 9. November folgende Verordnung: Die Verbreitung anderer als amtlicher Nachrichten über die Münchener Ereignisse wird hiermit verboten. Zuwiderhandlung wird nach § 4 der Ausnahmeverordnung bestraft und führt zum Verbot der Zeitung.

### Münchener Professoren gegen den Wahnsinn des Bruderrechts.

Berlin, 8. Nov. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus München veröffentlicht eine große Zahl namhafter Professoren der Münchener Universität, darunter Luis Brentano, Max Cucke und andere, einen Aufruf, worin das Zerwürfnis zwischen Bayern und dem Reich auf das Tiefste bedauert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß es bald gelinge, zwischen Bayern und dem Reich zu einem verfassungsmäßigen Einvernehmen zu gelangen. Angesichts der furchtbaren Lage unseres Vaterlandes bedeute jeder innere Streit zwischen Deutschen nur einen Trumpf unserer Feinde, die auf die Zerschlagung der deutschen Einheit lauern.

### Verhaftung von Journalisten.

Berlin, 8. Nov. Auf Anordnung des Wehrkreiskommandos III ist gestern abend neben Dehne auch der Chefredakteur der Telegraphen-Union, Kanen, in Schußhaft genommen worden. — Die Journalisten wurden wegen sensationeller Nachrichten über die innere Lage Deutschlands verhaftet.

### Ein Aufruf des württemberg. Innenministers.

Stuttgart, 9. Nov. (Telegramm 9 1/2 Uhr.) In Bayern haben rechtsradikale Kreise unter völliger Verkennung der wahren Interessen des gesamten deutschen Volkes den Versuch unternommen, auf dem Wege eines Putzsches die öffentliche Gewalt an sich zu reißen. Im Zusammenwirken mit dem Militärbefehlshaber werde ich ein Uebergreifen dieser Bewegung auf Württemberg nicht dulden und Versuche hierzu mit allen Mitteln unterdrücken. Ich verbiete jede Tätigkeit, die eine Unterstützung der bayrischen Putzschisten darstellt. Ebenso ist es verboten, daß von anderen Volksteilen selbständig Versuche einer aktiven Bekämpfung der Bewegung gemacht werden. Dies würde dazu führen, die Lage zu verschärfen und die Gefahr des Bürgerkrieges näher zu rücken. Die Polizei ist seit in melner

### Neueste Nachrichten.

Der seit langem vorbereitete Putzsch der bayrischen Nationalsozialisten ist gestern in München ausgebrochen. Ihr Führer Hitler hat die bayrische Regierung gestürzt, General Ludendorff zum Diktator ausgerufen und sich selbst zum politischen Berater ernannt. Die Reichsregierung hat sofort Gegenmaßnahmen ergriffen. Bis zur Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung wird der gesamte Verkehr nach Bayern gesperrt. Dem Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, wurde die vollziehende Gewalt über das Reich übertragen. — Wir haben also eine verfassungsmäßige Militärdiktatur. Hoffentlich gelingt es bald, in Bayern wieder verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen, damit wir uns endlich mit aller noch vorhandenen Kraft dem äußeren Feinde entgegenzustellen vermögen.

Die Vorkonferenz der Entente hat an Deutschland jetzt im Hinblick auf die Vorgänge im Innern das Ersuchen nach Zulassung einer erneuten Militärkontrolle gestellt. Außerdem hat die französische Regierung in Berlin wissen lassen, daß sie eine gegen die deutsche Verfassung erzwungene Militärdiktatur nicht dulden, und sofort Maßnahmen dagegen ergreifen würde.

Die deutsche Mark ist gestern im Ausland wahrscheinlich wegen der „zunehmenden Aussicht“ auf Verhandlungen mit der Entente und wohl auch wegen der eingeleiteten finanziellen Sanierungsmaßnahmen ganz erheblich besser bewertet worden.

Der englische Unterstaatssekretär Mac Neill hat interessante Erklärungen über die Haltung Englands zur Reparations- und zur Rheinlandfrage abgegeben. Derartige Erklärungen haben wir aber nun genug gehört; sie nützen uns nichts, wenn man das deutsche Volk unterdessen planmäßig erdroffeln läßt.

Hand und in der Lage, die Ruhe in Württemberg aufrecht zu erhalten.

Der Minister des Innern: (gez.) B o l z.

### Erklärungen des Wehrkreisbefehlshabers.

Stuttgart, 9. Nov. (Telegramm, 9 1/2 Uhr.) Verordnung des Militärbefehlshabers in Wehrkreis 5. In München ist die verfassungsmäßige Regierung gestürzt. Hitler erklärte sich zum Reichskanzler, Generalstaatskommissar v. Kahr und General Lossow bekämpft Hitler. Im Reich hat allein General v. Seeckt, der die vollziehende Gewalt übernommen hat, zu befehlen. Die Reichswehr ist mobil erklärt. Zusammen mit der Landespolizei wird sie jedes Uebergreifen zur Münchener Bewegung verhindern, zugleich aber auch jede Einmischung ungesetzlicher Kräfte in diese Aufgabe unterdrücken. Ich verbiete ausdrücklich jede Bildung oder Zusammenziehung von Selbstschützerverbänden oder ähnlichen Kampforganisationen. Zuwiderhandlungen werden als Hochverrat bestraft. Der Militärbefehlshaber: (gez.) Re i n h a r d t.

Stuttgart, 9. Nov. (Telegramm 10 1/2 Uhr.) Wehrkreiskommando V teilt mit: Der Kommandant von Wehrkreis V meldet: General von Lossow und Kahr bekämpfen Hitlerputzsch. Truppen aus Südbayern nach München zum Kampf gegen Hitler herangezogen.

### Eine französische Note wegen der Vorgänge im Innern Deutschlands.

Paris, 9. Nov. Die Agence Havas veröffentlicht folgende offiziöse Erklärung: Der französische Ministerpräsident hat vorgestern an den französischen Botschafter in Ber-

lin ein Telegramm gerichtet über die innerpolitische Lage in Deutschland. Dieses Telegramm hat keineswegs den Charakter einer Drohnote. Die französische Regierung erinnert zuerst daran, daß sie sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen will, daß sie aber die Pflicht habe, sich mit einer Lage zu beschäftigen, die, wenn sie sich entwickle, zu nichts weniger führen könne als zur Errichtung einer Militärdiktatur, die nach Äußerungen ihrer eigenen Anhänger die Annullierung des Friedensvertrags von Versailles, die Einstellung der Reparationen und die Vorbereitungen eines Revanchekrieges bezwecken. Eine derartige Diktatur würde in Deutschland errichtet werden, wenn die demokratischen Parteien gezwungen würden, die Regierung niederzulegen. Unter diesen Umständen habe man den französischen Botschafter beauftragt, der deutschen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die französische Regierung sich nicht gleichgültig gegenüber einer Lage zeigen könne, die geeignet sei, eine ernste Entwicklung herbeizuführen. Der Botschafter solle der deutschen Regierung sagen, daß unter den gegenwärtigen Umständen alle Wünsche der französischen Regierung dahin gingen, daß die Konsolidierung einer wahrhaften Demokratie in Deutschland erfolgen möge, die nach ihrer Ansicht das beste Pfand für den Frieden Europas und die Prosperität Deutschlands sei.

#### Vor einer neuen Militärkontrolle.

Paris, 8. Nov. Der „Temps“ teilt mit: Wie wir angekündigt haben, sind dem französischen Botschafter in Berlin Instruktionen zugegangen, die deutsche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß die französische Regierung die Bildung einer diktatorischen Regierung in Deutschland nicht dulden würde.

Paris, 8. Nov. Die Botschafterkonferenz hat sich, wie bereits gemeldet, heute Vormittag erneut mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschlands beschäftigt. Der Sitzung wohnten bei: Marshall Foch und sein Generalstabschef, General Bosticher, sowie der englische Militärattachee, General Laceyville-West. Im Gegensatz zu der heute Mittag von Havas verbreiteten Mitteilung, wonach die Botschafterkonferenz die Instruktionen an General Nollet vom 3. Oktober und 3. November veröffentlichten werde, ist in Wirklichkeit beschlossen worden, den Wortlaut der beiden vom 3. Oktober und 3. November datierten Schreiben der Botschafterkonferenz an den deutschen Geschäftsträger in Paris nicht zu veröffentlichen. Havas teilt ergänzend mit, daß dieser Beschluß auf Intervention des englischen Botschafters Lord Crewe gefaßt worden sei, der auf diese Weise gegenüber den Falschmeldungen des Berliner Korrespondenten des „Journal“ über Form und Inhalt der Noten den richtigen Sachverhalt festzustellen beabsichtigte. Der Berichterstatter habe von ganz bestimmten Sanktionen gesprochen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollten und das Blatt habe dieser Meldung durch Sperrdruck einen sensationellen Anstrich gegeben.

Paris, 8. Nov. Die Botschafterkonferenz teilt in dem offiziellen Communiqué ihrer heutigen Sitzung mit, daß sie heute die Instruktionen veröffentlichte, die sie am 3. Oktober und am 3. November an den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Nollet, gerichtet hat, um die Wiederaufnahme der Arbeiten der Kontrollkommission in Deutschland zu sichern. Die Konferenz hat ferner beschlossen, einen Schritt bei der holländischen Regierung zu unternehmen und sie aufzufordern, die Ausreise des deutschen Kronprinzen von ihrem Gebiet zu verhindern, desgleichen einen Schritt bei der deutschen Regierung mit der Aufforderung, den Kronprinzen nicht nach Deutschland zu lassen, weil er auf der Liste der Kriegsbekämpften stehe, deren Auslieferung die Alliierten verlangt hätten.

### Der Reichskanzler über die Ruhrfrage.

#### Eine letzte Warnung an Frankreich.

Magdeburg, 9. Nov. Der Reichskanzler äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der „Magdeburger Zeitung“ über die Verhältnisse, die sich im Ruhrgebiet seit Aufgabe des passiven Widerstandes entwickelt haben, folgendermaßen: Nachdem die deutsche Reichsregierung die Bevölkerung des besetzten Gebietes am 26. August zur Aufgabe des passiven Widerstandes aufgefordert hatte, konnte sie erwarten, daß damit für das besetzte Gebiet die unerträglichste Lage gebessert würde, in der es sich durch das Darniederliegen des gesamten Wirtschafts- und Verkehrslebens befand, und daß die von den Einbruchsmächten geleitete Bedrückungspolitik ihr Ende finden würde. In der Tat hat man auch von maßgebender französischer Seite früher erklärt, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes sofort Verhandlungen über die Neuordnung der Dinge erfolgen müßten. Seitdem sind mehr als 6 Wochen vergangen und mit Ausnahme der von Frankreich beschlagnahmten Zechen, in denen die französische Bergwerksregie für französische Rechnung produzieren läßt, und mit Ausnahme von wenigen Werken ruht noch heute das ganze Wirtschaftsleben. Ueber 2 Millionen Arbeitslose wünschen zu arbeiten und können Arbeit nicht finden, weil die Verhandlungen über die Inangabe des Wirtschaftslebens bis jetzt nicht abgeschlossen sind. Man sagt, Deutschland müsse erst den Zustand wiederherstellen, der vor dem 11. Januar bestanden hat. Wir sind sehr gerne bereit, diese These anzunehmen. Vor dem 11. Ja-

nuar waren die Eisenbahnen in Deutschland fertig, die deutsche Verwaltung im Ruhrgebiet uneingeschränkt und im übrigen besetzten Gebiet auf Grund des Rheinlandabkommens tätig. Ruhende Arbeit, Ruhe und Sicherheit waren vorhanden. Gegenwärtig ist die Entwertung der deutschen Mark, die ohne gleichen in der Geschichte aller Völker dasteht, im Wesentlichen mit zuzuführen auf den Zustand, in den die französische Politik das Ruhrgebiet veretzt hat. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland das Letzte daran gesetzt hat, um nicht nach dem Aufhören des passiven Widerstandes sofort durch Entziehung der bis dahin geleisteten Kredithilfen und Erwerbslosenunterstützungen einen Zustand des wirtschaftlichen Chaos, der Arbeitslosigkeit und des sozialen Zusammenbruchs herbeizuführen. Deutschland, das selbst nicht weiß, wie es das eigene Wirtschaftsleben noch aufrechterhalten soll, indem durch den Währungszerfall, der die Papiermark fast wertlos gemacht hat, eine vollkommen verzweifelte Stimmung unter der Bevölkerung herrscht, kann auf die Dauer nicht 2 Millionen Arbeitslose im besetzten Gebiet aus Staatsmitteln erhalten. Die Notenpresse wird in acht Tagen für den Reichsbedarf stillgelegt. Unser Etat, auf Goldmark eingestellt, soll zur Balancierung gebracht werden. In rigoroser, ja sogar brutaler Weise müssen wir den Beamtenabbau durchzuführen, der unzählige Existenzen schwer schädigt und einer unsicheren Zukunft anstatt der gehofften sicheren Existenz entgegenreißt. Die finanziellen Maßnahmen der Regierung beweisen jedem, der es sehen will, daß Deutschland das Letzte aus dem ihm verbliebenen Vermögen hergibt, um Volk und Staat zu erhalten. Es kann aber nicht geduldet werden, daß die erzwungene Arbeitslosigkeit von Millionen Deutscher aus politischen Gründen oder aus unberechtigter Ueberspannung finanzieller und wirtschaftlicher Forderungen seitens Frankreichs weiter stattfindet. Frankreich verlangt von den Industriellen des Ruhrgebietes Nachzahlung der Kohlensteuern, die sie Deutschland und nicht Frankreich schulden. Frankreich betrachtet dieses Gebiet als ein Territorium, in dem es seinerseits fiskalische Maßnahmen ergreift, für die es keinerlei Recht besitzt. Es verlangt dazu von der vollkommen zerstückelten Wirtschaft des Ruhrgebietes Zahlung in Devisen, die nicht geleistet werden kann. Es hat Beschlagnahmen durchgeführt, die diejenigen stillen Reserven, die die Werke sich in Jahrzehnten zurückgelegt haben, aufheben. Die Mittel, die die deutsche Regierung in das Gebiet hineingebracht hat, um die Bevölkerung vor Not und Elend zu schützen, sind vielfach der Beschlagnahme verfallen. Die Verwaltung ist ungeordnet. Separatistische Banden werden finanziell und mit Waffen unterstützt und Bedrohung herrscht in weiten Teilen des besetzten Gebietes. Ich habe in meiner Rede in Hagen erklärt, daß Deutschland nicht daran denkt, das besetzte Gebiet irgendwie aufzugeben. Und die Garantie, die die Reichsregierung übernommen hat gegenüber den Leistungen der Industrie, die ihrerseits diese Leistungen auch nur durch Aufnahme ausländischer Kredite aufbringen kann, eine Garantie, die allerdings erst nach Sanierung der deutschen Finanzen wirksam werden kann, zeugt davon, daß Deutschland alles hergibt, um der Bevölkerung des besetzten Gebietes gegenüber seine sittliche Pflicht zu erfüllen und zur Wiederinstandsetzung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet das Seine zu tun. Aber unsere finanzielle Leistungsfähigkeit hat ihre Grenzen. Wir stehen unter der Wirkung der finanziellen Not, die uns das Gesetz des Handelns aufzwingt. Wir haben uns unsere eigene Finanzkontrolle geschaffen, um in Ordnung zu kommen, eine Ordnung, die gerade wiederholt von den Alliierten als Voraussetzung für jede Gesundung Deutschlands hingestellt worden ist. Angesichts der gegenwärtigen Situation in Deutschland muß ich aber in allem Ernst im Einverständnis mit dem Kabinett das Eine erklären: Wir sind am Ende unserer Kraft. Ueber kurze Zeit hinaus können wir die riesenhaften Summen für die Millionen Erwerbslosen und ihre Angehörigen nicht mehr aufbringen. Wenn infolge Verzagens unserer Kräfte Hunger, Not und Anarchie in diesem Gebiet ausbrechen, so fällt die Verantwortung nicht auf uns. Die Verantwortung tragen diejenigen französischen Behörden, die etwa jetzt noch die geäußerten Verhandlungen weiter verzögern, die fleißige Bevölkerung zwingen, die Hände ruhen zu lassen, unser Wirtschaftsleben weiter bis in den Rest zerstören und hierdurch dem Chaos in Deutschland den Weg ebnen.

### Frankreich und die Frage des Zahlungsausschubs.

London, 8. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt über den Inhalt der ausführlichen Anweisungen Poincarés an den französischen Botschafter in Washington, Frankreich sei nicht geneigt, Deutschland einen Zahlungsausschub bis zum Jahre 1930 zu gewähren. Poincaré denke jedoch an den nach Anhang 3 § 8 des Vertrags von Versailles möglichen Ausschub bis 1926.

### Ein englischer Regierungsvertreter zur Reparationsfrage.

London, 9. Nov. In einer Ansprache in Tunbridge Wells sagte der Unterstaatssekretär Mac Neill zu den amerikanischen Bestimmungen zu dem Alkohol, die britische Regierung beabsichtige nicht, zu gestatten, daß in die Dreimeilenzone der territorialen Gewässer eingegriffen werde. Wenn schließlich ein Abkommen erreicht würde, so dürfe es diese Doktrin in keiner Weise verletzen. Mac Neill erklärte dann in seiner Rede weiter, die Regierung habe auch darauf bestanden, daß Deutschland für den Schaden seiner böswilligen (!) Angriffe zahle. Obgleich die deutsche Währung phantastisch sei, sei der Reichtum Deutschlands keineswegs zusammengebrochen. Deutschland habe keinen ethischen Verzicht gemacht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Frankreich habe den Gerichtsvollzieher in das deutsche Haus entsandt, um die Einrichtung zu beschlagnahmen, während der verstorbenen Bonar Law einen Gegenplan vorgeschlagen habe, den

Frankreich glaubte nicht annehmen zu können. Jetzt werde die Regierung entweder kritisiert, daß sie Deutschland begünstige, oder daß sie nicht mit Frankreich gebrochen habe. Wenn England sich von seinen Alliierten getrennt hätte, so würde damit die einzige Hoffnung, den Frieden der Welt zu erhalten, geschwunden sein. Es sei die Politik der Regierung gewesen, den Buchstaben und Geist des Versailler Vertrages aufrechtzuerhalten. Großbritannien werde jetzt, wie er glaube, die Alliierten überreden, die amerikanischen Sachverständigen einzuladen, an einem gemeinsamen Ausschub zur Prüfung der Wiederherstellungsfrage teilzunehmen. Er hoffe, die Unternehmung werde dem Programm sehr förderlich sein können, das dahin gehe, den Beitrag des im Ausland versteckten deutschen Eigentums zu enthüllen und vorzuschlagen, wie dieser Reichtum gesichert werden könne. Mac Neill führte dann weiter aus, die Wirtschaftslage Deutschlands habe u. a. zum Separatistenaufstand geführt. Dieser sei jedoch keineswegs spontan, sondern vom Böbel organisiert. Da es verfehrt gewesen wäre, einem solchen Aufstand irgendwelche Unterstützung zu gewähren, werde die britische Regierung dafür sorgen, daß der Separatistenaufstand keinerlei Anerkennung in England finden würde.

## Deutschland.

### Die Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 6. Nov. Wie wir erfahren, steht die Veröffentlichung der zweiten Reihe der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes über die große Politik der europäischen Kabinette von 1871 bis 1914 unmittelbar bevor. Sie umfaßt sechs Bände, die nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin zwischen dem 1. und 5. Dezember an den Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamte Aktenwerk umfaßt 30 Bände, die in vier große Gruppen zerfallen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangende zweite Gruppe beleuchtet das erste Jahrzehnt der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. und führt den Titel: „Der neue Kurs“. Die dritte Reihe des Aktenwerkes ist bereits im Satz beendet und wird im März erscheinen. Die 4. Reihe geht soeben in Satz und erscheint im Juni nächsten Jahres, sodas die ganze Sammlung der deutschen diplomatischen Akten von 1871 bis zum Ausbruch des Weltkrieges der Öffentlichkeit im Sommer 1924 genau 10 Jahre nach Kriegsausbruch vorliegt.

### Die separatistische Bewegung im Rheinland.

#### Französische Zugeständnisse bezüglich der gewünschten „Rheinischen Republik.“

Saarbrücken, 8. Nov. Die „Saarbrückener Volksstimme“ erhält von besonderer Seite folgende Mitteilung: Der französische Oberkommissar Tirard hat in einer Besprechung, die er nicht mit den von der rheinischen Bevölkerung gestellten Partei- und Wirtschaftsvertretern, sondern mit einem Privatmanne abhielt, erklärt, daß Frankreich auf einer Loslösung der Rheinlande von Deutschland nicht bestehe, sondern sich mit einer Rheinischen Republik im Rahmen der deutschen Republik zufrieden geben würde. Stellung und Befugnisse dieser rheinischen Republik würden nicht die der übrigen deutschen Bundesstaaten sein. Diese rheinische Republik solle eine eigene Währung und eine besondere Zollgrenze haben. Die Eisenbahnen würden im Regiebesitz verbleiben. Die zu errichtende Notenbank, die die rheinische neue Währung vornehmen und garantieren sollen, werden zu 55 Prozent aus deutschem und 30 Prozent aus französischem und zu 15 Prozent aus internationalem Kapital gespeist werden. Frankreich beanspruche für sich den Posten des Vizepräsidenten in diesem Unternehmen. — Hierzu teilt das Blatt noch mit, daß es in der Lage ist, den Namen des Privatmannes mitzuteilen, falls anzugeben. In unterrichteten Kreisen nehme man an, daß die Einmütigkeit der rheinischen Bevölkerung in der Abwehr der Separatisten bei den französischen Regierungen diese Schwentung habe reifen lassen.

### Der hessische Landtag gegen die Separatistenaktion.

Darmstadt, 6. Nov. Der hessische Landtag hat heute nach Erklärungen des Staatspräsidenten und des Präsidenten Adlung gegen die Bedrückung der Besetzung und deren Förderung der separatistischen Bestrebungen eine Resolution eingebracht, die von sämtlichen Parteien einstimmig angenommen wurde. Sie lautet: „Der hessische Landtag stellt mit stolzer Genugtuung fest, daß die besetzten Gebiete Hessens, dessen Bewohner einer fremden Gewaltpolitik seit fünf Jahren unterworfen sind, in unwandelbarer Treue zum Reich und zum Volksstaat Hessen stehen. Der hessische Landtag weist die separatistische Bewegung, die überhaupt nur künstlich, durch die französische Rheinlandpolitik genährt, in die Erscheinung treten konnte, als Landesverrat mit Entrüstung zurück. Das hessische Volk lehnt in allen seinen Teilen jede Gemeinschaft mit dem von verbrecherischen Elementen betriebenen rheinischen Separatismus ab. Das Ziel dieses Separatismus ist ein haltloses Staatsgebilde, das Frankreich unterworfen sein soll. Das mögen sich alle sagen, die die separatistischen Bestrebungen unterstützen in dem Glauben, damit

Jetzt werde die  
and begünstige.  
Wenn England  
würde damit die  
alten, geschwun-  
esen, den Buch-  
rechtzuerhalten.  
Millierten über-  
aden, an einem  
erstellungsfra-  
dem Programm  
Beitrag des im  
güllen und vor-  
 könne. Mac  
ge Deutschlands  
dieser sei jedoch  
rt. Da es ver-  
dwelche Unter-  
ung dafür for-  
nung in Eng-

nts.

die Veröffent-  
tion des Aus-  
europäischen  
vor. Sie um-  
ten technischen  
olitik und Ge-  
ember an den  
ate Aktienwer-  
pen zerfallen.  
weite Gruppe  
ngszeit Kaiser  
e Kurs". Die  
Satz beendet  
e geht soeben  
res, sodas die  
en Aktien von  
er Öffentlich-  
riegsausbruch

Rheinland.

lich der  
blüh."

Volksstimme"  
teilung: Der  
einer Bespre-  
stern, sondern  
as Frankreich  
tschland nicht  
Republik im  
geben würde.  
Republik wür-  
estaaten sein.  
Nährung und  
bahnen wür-  
otende Noten-  
hmen und ga-  
deutschem und  
nt aus inter-  
kreidh bean-  
en in diesem  
y mit, das es  
anes nötigen-  
nehme man  
völkerung in  
sichigen Regle-  
en.

ffnenaktion.

ag hat heute  
d des Präsi-  
Befehung und  
ebungen eine  
Parteien ein-  
Der hessische  
das die be-  
fremden Ge-  
d, in unwan-  
staats Hessen  
ratistische Be-  
ie französische  
nung treten  
zurück. Das  
jede Gemein-  
betriebenen  
es Separatis-  
ntreich unter-  
ie die separa-  
lauben, damit

ihrer Heimat und ihrem Vaterlande zu nützen. Die Ver-  
treter der hessischen Regierung im Landtag sowohl aus-  
den besetzten, als auch aus den unbesetzten Gebieten er-  
heben flammenden Einspruch gegen alle Bestrebungen, das  
besetzte Gebiet vom Reich und von Hessen loszulösen.  
Deutsch soll der Rhein für alle Zeit bleiben."

### Der rheinische Provinziallandtag gegen den separatistischen Terror.

Barmen, 6. Nov. Der rheinische Provinziallandtag trat  
heute hier zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.  
Oberbürgermeister Dr. J. A. r r e s-Duisburg erklärte in sei-  
ner Eröffnungsrede, es sei ein Schrecken über Deutschland  
gegangen. Aufuhr habe sich mit Waffengewalt in den Be-  
sitz der Macht in wichtigen Teilen und Orten der Rhein-  
provinz gesetzt. Wir sind vollkommen klar darüber, daß  
diese Usurpatoren nicht den Willen der rheinischen Bevölke-  
rung vertreten und wir sind uns auch über die Zusam-  
menhänge vollkommen im Klaren, daß diese tatsächliche  
Gewalt von den verbrecherischen Freibeutern nicht ausge-  
übt und auch nicht aufrechterhalten werden könnte, wo sie  
zur Zeit noch besteht, wenn sie nicht gestützt worden wäre  
von den Machthabern, die im Rheinland diktieren. Gegen  
dieses ungeheure Unrecht, das der Selbstbestimmung des  
Rheinlandes geschehe, müsse der Provinziallandtag Stel-  
lung nehmen. — Die Tagung hat sich in der Hauptsache mit  
zwei Angelegenheiten zu beschäftigen, nämlich mit der  
Stellungnahme des rheinischen Provinziallandtages zu  
dem separatistischen Terror und zu allgemeinen Fragen  
politischer und wirtschaftlicher Natur. Auf Vorschlag des  
Aeltestenausschusses wurden zwei Ausschüsse mit der Be-  
arbeitung dieser Angelegenheiten betraut. Die nächste öf-  
fentliche Sitzung des Landtags findet voraussichtlich am  
Mittwoch nachmittags um 2 Uhr statt. Sollte die Ber-  
atung der Ausschüsse bis dahin nicht beendet sein, so würde  
eine weitere Verschiebung erfolgen.

Barmen, 9. Nov. Eine Abordnung des rheinischen Provin-  
ziallandtages wird sich nach Koblenz begeben, um bei der Be-  
satzungsbehörde auf eine möglichst baldige Beseitigung des sepa-  
ratistischen Terrors zu dringen und um Abhilfe der bestehenden  
wirtschaftlichen Lähmung auf allen Gebieten dringend zu er-  
suchen.

### Ein belgisches Zeugnis über die Unterstützung der Separatisten durch Frankreich.

Paris, 7. Nov. Einer Meldung der Agence Havas aus Brüssel  
zufolge liegt dort die Antwort des belgischen Oberkommissars  
in der Rheinlandkommission auf das Protokoll des Separ-  
atistenführers Matthes vor. Der belgische Oberkommissar er-  
klärt, daß die von ihm getroffenen Maßnahmen rechtmäßig seien,  
da die belgischen Behörden sich gegenüber den ausgesprochenen  
Gewalttaten in Aachen nicht hätten gleichgültig verhalten wollen  
und da das belgische Militär, weil es die Haltung der städtischen  
Polizei in die Hand genommen habe, genötigt gewesen sei, ein-  
zugreifen, wenn es nicht habe den Anschein erwecken wollen, als  
mache es sich mitschuldig an diesen Gewalttätigkeiten oder als  
sei es von den Banden, die entgegen den Verordnungen der  
Rheinlandkommission in die Stadt eingedrungen waren, einge-  
schüchtern worden. Die Antwort fügt hinzu, daß die separatistische  
Regierung bis jetzt weder rechtlich noch tatsächlich anerkannt  
sei und daß es deshalb den Vertretern Belgiens unmöglich sei,  
mit einem Vertreter dieser Regierung in Verhandlungen ein-  
zutreten, um die Lage zu prüfen und einen modus vivendi  
ausfindig zu machen, wie es Matthes vorgeschlagen hatte.

Paris, 7. Nov. Havas gibt aus Mainz eine angeblich aus  
guter Quelle stammende Darstellung der Lage im Rheinland  
und insbesondere in der Pfalz. Hiernach sind die Ueberfälle in

Räterslautern, Kirchheim-Bolanden und Otterberg, wie die Se-  
paratistenputsche an zahlreichen anderen Orten, von landfremden  
Elementen verübt worden, und zwar ist es diesmal Dr. Dörten  
selbst, der die Separatistenbanden nach der Pfalz gezogen hat.  
— Man darf darauf hinweisen, daß der belgische Oberkommissar  
in der Rheinlandkommission in seiner Antwort auf das Protokoll  
schreiben von Matthes die Tatsache unterstreicht, daß die Sepa-  
ratisten von außerhalb in Aachen eingedrungen waren und daß  
das den Verordnungen der Rheinlandkommission zuwiderläuft.  
Durch die Duldung des gewalttätigen Einbruchs durch die fran-  
zösische Besatzungsbehörde in der Pfalz ist also nach dem un-  
erfänglichen Zeugnis des belgischen Oberkommissars eine Tat ge-  
duldet worden, die gegen die Rheinlandakte, wie sie die Rhein-  
landkommission auslegt, begangen wurde.

Paris, 7. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel be-  
richtet „Etoile Belge“, daß der Urheber des Aachener Separa-  
tistenputsches sich nach Malmédy in Sicherheit gebracht habe.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. November 1923.

#### Neue Erhöhung der Postgebühren.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, tritt  
am Montag, den 12. Nov., eine neue Erhöhung der Post-  
und Postfachgebühren in Kraft. Die wichtigsten Gebühren  
von diesem Tage ab sind folgende: Postkarten im Orts-  
verkehr 3 Milliarden, im Fernverkehr 5 Milliarden,  
Briefe im Ortsverkehr 5 Milliarden, im Fernverkehr 10  
Milliarden, Drucksachen 2 Milliarden.

#### Beiträge für Zwecke des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Vom Bezirksarbeitsamt wird uns geschrie-  
ben: Wie aus der gestrigen Bekanntmachung der Allgem.  
Ortskrankenkasse ersichtlich ist, werden ab November 1923  
von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Beiträge für  
Zwecke des öffentlichen Arbeitsnachweises erhoben und  
zwar zunächst je 10 Prozent des jeweiligen Krankenversi-  
cherungsbeitrags. Die Krankenkassen sind verpflichtet, diese  
Gelder an die Oberamtspflege der Verwaltungsgemeinde  
des öffentlichen Arbeitsnachweises abzuführen. Diese Be-  
träge sind Höchstleistungen der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer; es sollen hieraus vier Fünftel des notwendigen  
Aufwands der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk und der  
sonstigen Kosten des Arbeitsnachweises bestritten werden,  
das restliche eine Fünftel hat die Errichtungsgemeinde des  
Arbeitsnachweises (die Amtskorporation) zu tragen. Zu  
Zeiten größerer Arbeitslosigkeit, wie dies gegenwärtig der  
Fall ist, leisten ferner nach einer gewissen Wartezeit das  
Reich und das Land je zur Hälfte die erforderlichen Bei-  
hilfen. Die auf diese Weise zusammengebrachten Mittel  
finden in der Hauptsache Verwendung zur Erstattung der  
Auslagen der Arbeitgeber für Kurzarbeiterunterstützungen  
an ihre Arbeitnehmer sowie zur Fürsorge an Vollerwerbs-  
lose, d. h. für arbeitsfähige und arbeitswillige Personen,  
für die eine Arbeit im freien Erwerb vom Arbeitsnach-  
weis nicht nachgewiesen werden kann, je nach dem Maße  
der Bedürftigkeit derselben. Die Entscheidung über die  
Unterstützungsberechtigkeit eines Kurzarbeiters oder eines  
Vollerwerbslosen steht dem Vorsitzenden des öffentlichen  
Arbeitsnachweises zu; der Verwaltungsausschuß des Ar-  
beitsnachweises hat nach der neuesten Verordnung, soweit

Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Ar-  
beitsleistung, die nur einen gemeinnützigen Charakter tra-  
gen darf, abhängig zu machen. Es sei nun hierzu noch näheres  
über die Befugnisse des öffentlichen Arbeitsnachweises ge-  
sagt: Die wichtigste Tätigkeit des Arbeitsnachweises ist  
die Arbeitsvermittlung für den freien Erwerb. Durch die  
Arbeitsvermittlung können die Kosten für Erwerbslosen-  
fürsorge bedeutend eingeschränkt werden. Zu einer ersprieß-  
lichen Arbeitsvermittlung braucht jedoch der Arbeitsnach-  
weis das Vertrauen der beteiligten Kreise insbesondere  
der Herren Arbeitgeber. Der Arbeitgeber sollte in seinem  
eigenen Interesse jeden in seinem Betrieb offenen Arbeits-  
platz dem Arbeitsnachweis anzeigen. Der Arbeitsnachweis  
ist bestrebt, jede offene Stelle durch die geeignetste Ar-  
beitskraft zu besetzen. Ohne die Mitwirkung des Arbeits-  
nachweises sollte keine Arbeitsstätte besetzt werden. Ar-  
beitsvermittlungen können nach Maßgabe der Inanspruch-  
nahme zu allen Zeiten erzielt werden, so z. B. werden z.  
Zt. bei der allgemeinen Wirtschaftskrise neben einzelnen  
Vermittlungen für bestimmte Fabriken mit Erfolg häus-  
liche Dienstboten vermittelt. Es liegt auf der Hand, daß  
in dem Maße, in dem der Arbeitsnachweis durch die be-  
teiligten Kreise erfolgreich in Anspruch genommen wird,  
auch die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen  
abnimmt, was letzten Endes zu einer entsprechenden Er-  
mäßigung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitneh-  
mer und demzufolge auch der Amtskorporation, die zur  
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache aufge-  
bracht werden, führen kann. Mögen diese Zeilen dazu bei-  
tragen, daß der öffentliche Arbeitsnachweis mehr als bis-  
her durch die beteiligten Kreise bei Stellenbesetzungen in  
Anspruch genommen wird.

#### Revison der Lehrpläne der höheren Schulen.

In den höheren Schulen sollen im Frühjahr 1925 neue  
Lehrpläne in Kraft treten. Die Vorbereitungen werden  
schon mit Beginn des nächsten Schuljahrs getroffen. In  
den Schulen humanistischer Richtung soll stufenmäßig an  
die Stelle des Französischen das Englische gesetzt und der  
Beginn der neuen Fremdsprache von der 3. nach der 6. Kl.  
verschoben werden. Französisch kann freiwillig erlernt wer-  
den. Auch an den Mädchenrealschulen soll das Englische be-  
vorzugt werden, während an den realistischen und real-  
gymnastischen Knabenschulen die Frage, welche der beiden  
neueren Fremdsprachen zuerst gelehrt werden soll, noch of-  
fen bleibt. Der Lehrgang der Mädchenrealschulen soll um  
ein Jahr verkürzt werden.

#### Kartoffelversorgung.

In der Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. gelangten im  
Bahnverkehr rund 101 000 Ztr. Kartoffeln nach Württem-  
berg, davon 39 000 nach Stuttgart. Außerdem gelangten  
nach Stuttgart aus württ. Erzeugergebieten 33 000 Ztr.,  
zus. also rund 72 000 Ztr. Die gesamte Kartoffelzufuhr  
in der Zeit vom 15. September bis 3. November nach  
Stuttgart betrug — ungeachtet den Fuhrwerksverkehr —  
rund 377 000 Ztr. Und dabei gibt es noch soviel Familien,  
die ihren Bedarf an Kartoffeln bei weitem nicht gedeckt  
haben! Weitere Zufuhren aus außerwürttembergischen  
Gebieten sind unterwegs.

### Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

„Nein, Ulrich.“

Nun sprach er langsam und betont, jedes Wort ab-  
wägend:

„Selbstverständlich löse ich die Verlobung nicht auf,  
Lottchen, das wäre einfach feige gehandelt. Aber ebenso  
wenig denke ich daran, dich um deine Zukunft zu betrügen.  
Du sollst die Wahl haben, und ich werde mich ohne Wur-  
zen deinem Willen fügen.“

Da war nun das Federballspiel mit dem Edelmut, das  
wir alle zur Genüge kennen. Und Charlotte Lackmann  
kannte es auch, sie war ein verständiges und praktisch den-  
kendes Mädchen.

„So kommen wir nicht weiter, Ulrich“, sagte sie gela-  
sen. „Frauen können warten, dulden, leiden, das ist ihr  
Lebensberuf, darin gehen sie auf. Die Männer können  
handeln. Aber, Liebster, ich verkenne es nicht: Wenn der  
Kampf um das Dasein ein tödliches Ringen wird, dann  
muß ich an den Schwimmer denken, der einen andern ret-  
ten will und von ihm in die Tiefe gezogen wird. Soll ich  
noch weiter sprechen?“

„Es ist schwer, Lottchen, denn wir haben uns lieb ge-  
habt. Und wenn ich jetzt gehe: gibt es zwischen dir und  
mir wirklich kein Wiedersehen?“

„Ich bleibe ledig“, sagte sie leise.

„Ich auch.“

War diese Verlobung denn nun endgültig aufgelöst?  
Als Ulrich durch den verschneiten Wald langsam heimritt  
— wenn man noch von einem „Heim“ sprechen konnte —  
empfand er ein sonderbares Gefühl. Gewiß, sie waren aus-

einandergegangen, wie das in solchen Fällen zu geschehen  
pflegt: mit einem stummen Händedruck und selbstverständ-  
lich, ohne sich noch einmal zu küssen. Aber eine Kleinigkeit  
hatte jeder von ihnen vergessen: die Rückgabe der Ringe,  
die doch das Symbol der Treue sind.

Das gab eine Unklarheit, eine Halbheit, die im Grund  
genommen zuwider war.

Denn was heißt „ledig bleiben“?

Es ist ein Wort, das genau so lange seine Bedeutung  
wahrt, als sich nicht die Gelegenheit bietet, es zu brechen  
— eine Idee, die in den Tagen unserer Großeltern viel-  
leicht eine sittliche Bedeutung hatte, über die das Zeit-  
alter der kühlen Vernunft aber lächelnd hinweggeht;  
heute bleibt nur die Selbstsucht ledig oder die Not — was  
darüber hinausliegt, ist Grille und Torheit.

#### Zweites Kapitel.

Nicht nur im ostpreussischen Riefernwalde, sondern auch  
auf der Maria-Theresia-Wiese bei München lag der Schnee  
in mächtigen Haufen, und mitten hinein hatte Signor  
Morelli seinen berühmten Wanderzirkus gebaut — be-  
rühmt wenigstens, wenn man den großen Reklamezetteln  
Glauben schenken wollte, obwohl die verwöhnten Jä-  
rathener ein kleines Fragezeichen dahinter setzten.

Ueber dem aus Brettern zusammengefügt Haupt-  
gebäude wehte das grünweißrote Banner, denn Morelli  
war ein wachechter Italiener, und wenn er auch wie alle  
vom geharkten Sand ein tüchtiges Stück Weltbürgertum  
verkörperte, auf sein sonniges Vaterland hielt er doch  
große Stücke, und der bayerische Schnee war ihm ein  
Dorn im Auge.

Schon wegen der Heizungskosten.

Die Manege war während der Vormittagsstunden  
ziemlich kühl, aber Iwan Kabanoff, der sich zurzeit allein  
in ihr aufhielt, spürte nicht viel davon, denn erstens  
stammte er aus Rußland und lag zweitens einer wärmen-  
den Beschäftigung ob.

Er spielte nämlich ein bißchen Fangball mit zwei rich-  
tiggehenden Zentnergewichten.

Der Athlet war eine geradezu prächtige Männer-  
gestalt — natürlich etwas plump wie die Mehrzahl vom  
Handwerk und einer von denen, die mehr Nacken als Stirn  
haben; aber das Brutale der Gesichtszüge wurde durch  
einen mächtigen Vollbart gemildert, der ihm Hehnlichkeit  
mit dem Farnesischen Herkules gab — unter den Münche-  
ner Brauknechten erfreute er sich eines großen Ansehens.

Nach einer Weile vertauschte er die Gewichte mit einer  
riesigen Eisenstange und ging schließlich zu seinem neuesten  
Trieb über: er verschwand im Stall und kehrte bald darauf  
mit einem kleinen Pony zurück; er hatte sich das Tier auf  
den Nacken geladen und begann damit die geräumige Ma-  
nege zu umkreisen.

In diesem Augenblick erschien Morelli auf der Bild-  
fläche. Elegant, wie alle Zirkusdirektoren, aber mit einem  
ganz kleinen Stich ins Schüßige. Sein Zylinderhut — es  
war nicht derselbe, den er abends trug — saß tief im  
Nacken, und der Pelz wies einige kahle Stellen auf; ihn  
fror offenbar, und sein gelbes, mit einem schwarzen Kne-  
belbart verziertes Gesicht trug einen grämlichen Ausdruck.

Iwan begrüßte den Chef und schmiß seine Last in den  
Sand.

(Fortsetzung folgt.)

(S.B.) Stuttgart, 8. Nov. In welchen Preistreibe-  
reien die fortwährende Abneigung gegen die Annahme der  
Papiermark führt, zeigt folgender Fall: Am 7. November ver-  
kaufte die Firma L. Craissheimer u. Co. in Stuttgart einen  
Leppich um den Preis von 16 Goldmark, zahlbar in Gold-  
anleihe oder in Industrie-Goldnote. Für den Fall der Bezah-  
lung in Papiermark wurden unbedenklich nicht weniger als  
5 Billionen Mark gefordert, obwohl bei einem Goldmarkstand  
von 100,25 Milliarden der angemessene Preis nur 1,625 Bil-  
lionen Mark betragen hätte. Gegen den Inhaber der Firma  
ist alsbald ein Strafverfahren eingeleitet worden.

(S.B.) Reutlingen, 8. Nov. Kaufmann Geil ist von der  
Stadtgemeinde beauftragt worden, Kartoffeln gegen  
Schuhe umzutauschen. Man hofft, daß die Landwirte von  
dieser Gelegenheit gern Gebrauch machen.

(S.B.) Tuttlingen, 8. Nov. Auf dem Bahnhof Im-  
mendingen wurde dem Oberstabsarzt Johann Duffner von  
Bisingen der Kopf abgerissen. Er war 47 Jahre alt und  
hinterläßt Frau und zwei Kinder.

(S.B.) Ulm, 8. Nov. Auf der Fahrt von Würzburg nach  
Hamburg im D-Zug wurde Studienassessor Dr. Hermann  
Bayer von Ulm von einem Unbekannten nachts 2 Uhr wäh-  
rend des Schlafes mit Gummihämmerschlägen auf den Kopf  
überfallen, um ihn zu berauben. Er konnte sich des Verbrechens  
noch erwehren, das Zugpersonal zu Hilfe rufen, das den Täter  
festnahm und brach dann blutüberströmt zusammen. Der Räuber  
wurde in Bebra ausgeliefert. Der Arzt in Göttingen leistete dem  
Verwundeten die erste Hilfe.

### Volks- und Landwirtschaft. Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	
1 Dollar	631,755 Ma.
1 Goldmark	150,375 Ma.
1 Schweiz. Franken	112,280 Ma.
1 franz. Franken	36,090 Ma.
1 holl. Gulden	244,610 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	98,500 Ma.
Goldumrechnungsatz für Steuern	150,000 Ma.

#### Starke Besserung der Mark im Auslande!

Die deutsche Mark hat gestern überall im Ausland eine  
starke Besserung erfahren. Aus London wurde gestern  
abend der Markkurs mit 7½ Billionen pro Pfund Ster-  
ling gegen 17½ Billionen am Vortag gemeldet. In Zü-  
rich, wo seit einiger Zeit überhaupt keine Marknotierung  
mehr zustandekam, wurde gestern ein Kurs von 3 Francs  
pro Billion notiert. In Amsterdam hat sich die Mark von  
0,80 auf 2 Gulden pro Billion gehoben.

### Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.B.) Stuttgart, 7. November. An der Börse herrschte heute  
eine ausgesprochene Baifestimmung. Der Unterschied zwischen dem  
künstlich niedrig gehaltenen Dollarkurs und den hohen Effektenkursen  
veranlaßte zu Materialabgaben. Es gab teilweise beträchtliche Kurs-  
einbußen.

Es verloren von Banken:	Magirus	— 3200 (1800)
Württ. Hypotheken	Ehlingen	— 7000 (3000)
Bereinsbank	Heller	— 5000 (1000)
während	Neckarjulum	— 5000 (1500)
gewannen.	Württemberg	— 10000 (20000)
Von Brauereien verloren:	Bon den übrigen Werten notierten:	
Tivoli	Bad. Anilin	— 8000 (27000)
Württemberg	Besser	— 200 (700)
Württemberg	Besig. Del	— 25000 (20000)
Württemberg	Deutsche Verlag	— 1500 (7500)
Württemberg	Junghans	— 3000 (5000)
Unterhausen	Kaiser Dito	— 6000 (6000)
Rammgarn Viehtiegeim gewonnen	Knopf	— 1500 (2500)
20000 (70000)	Leibbrand	— 2700 (800)
Kolb & Schüle verl.	Kraft Altmürttg.	— 3000 (7000)
11000 (6000)	Krumm	— 5100 (1400)
Pfersee	Lad. Ludwigsburg	— 2000 (2000)
— 20000 (30000)	Salz Heilbronn	— 35000 (45000)
— 8000 (12000)	Stuttg. Bäcker	— 8500 (3500)
Ehlingen	Stuttg. Zucker	— 11500 (4500)
— 10000 (20000)	Südd. Holz	— 9000 (6000)
Von Maschinen- und Metall-	Union	— 3500 (2500)
werten notierten:	Verein. Del	— 6900 (1100)
Daimler	Verein. Filz	— 3000 (22000)
— 2200 (1800)	Ziegel Ludwigsburg	— 6500 (2500)
Feinmed. Tuttl.		
— 25000 (30000)		
Hohner		
— 10000 (25000)		
Junghans		
— 3000 (5000)		

Der Freiverkehr zeigte ein ähnliches Bild.

#### Landesproduktionsbörse.

(S.B.) Stuttgart, 8. Nov. Die Stimmung am Ge-  
treidemarkt ist unverändert fest, Geschäfte kamen aber  
kaum zustande, weil wertbeständige Zahlungsmittel nicht  
in genügender Menge zu bekommen sind. Bei Abschüssen  
in Papiermark mußte eine erhebliche Risikoprämie bewil-  
ligt werden. Es notierten je 100 Kg.: Weizen 21,50—22,50  
(am 5. Nov. 23—24), Sommergerste 18—18,50 (18—19),  
Kroggen 20—21 (21—22), Hafer 15—16 (unv.), Weizen-  
mehl 35—36 (36—37), Brotmehl 33—34 (unv.), Kleie 7  
bis 8 (unv.), Wiesenheu 5—6 (unv.), Kleeheu 6—6,50  
(unv.), Stroh 5—6 (unv.).

#### Gemüsemarkt in Stuttgart.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß unsere letzten  
Notierungen über den Gemüsepreis in Stuttgart nicht den tat-  
sächlich gehandelten Preisen entsprechen. Wenn es sich um Stücke  
handelt, kann der Preis natürlich nicht einheitlich sein, wes-  
halb immer Unterschiede in den Notierungen vorkommen wer-  
den. Die Dienstagpreise stellten sich nach der Notierung des  
„Schwäbischen Merkurs“ wie folgt: Blumenkohl 1 Pfund 6—20  
Milliarden, Spinat 10, Gelbe Rüben 6, Kartoffeln 3. Das  
Stück Weißkraut wurde zu 2—2,5 Milliarden verkauft, das

Blaukraut zu 8, Salat zu 5—6, Sellerie und Köhl, Kopf zu  
je 5, Rosenkohl ein Stück 15—20. — Wir werden versuchen, in  
Zukunft die amtlichen Notierungen des Stuttgarter Markt-  
hallenamtes zu erhalten.

#### Märkte.

(S.B.) Stuttgart, 8. Nov. Dem Donnerstagmarkt  
am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 69 Ochsen,  
12 Bullen, 94 Jungbullen, 90 Jungrinder, 173 Kühe, 172 Käl-  
ber, 27 Schweine, 131 Schafe. Verkauft wurde alles. Erlös aus  
je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochsen I. 44—46  
(letzter Markt: 43—45), II. 35—41 (32—42); Bullen I. 43—45  
(42—45), II. 33—40 (30—40); Jungrinder I. 45—47 (43—45),  
II. 40—43 (40—42), III. 34—39 (30—38); Kühe I. 38—40 (38  
bis 40), II. 33—37 (32—36), III. 22—30 (28—30); Kälber I.  
55—56 (53—55), II. 53—54 (50—52), III. 50—52 (46—48);  
Schweine wurden infolge geringer Zufuhr überhaupt nicht no-  
tiert. Multiplikator: 150 Milliarden. Verkauf des Marktes: bei  
Schweinen und Kälbern lebhaft, bei Großvieh mäßig.

Die besten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und  
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Zuschläge  
in Betracht kommen. D. Schriftl.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Ev. Gottesdienst

am Herbst- und Erntedankfest, 11. Nov. 1923.  
B. Turm: 20. Vom Opfer ist ein Beitrag für Anstalt-  
ten der Innern Mission bestimmt. ¼ 10 Uhr Predigt,  
Stadtpf. Lang, Kirchengesangsverein Gbg. 15: Sollt ich  
meinem Gott nicht singen, Eingangsglied Nr. 20 Ich singe  
Dir mit Herz; ¼ 11 Uhr Sonntagsschule; 1 Uhr Christen-  
lehre (Töchter alt. Abt.); 4 Uhr in der Kirche: Liturg.  
Gottesdienst Stadtpf. Gös, Schülerchor singt (Mittel-  
schull. Bed.); Donnerstag, 15. Nov., 8 Uhr Bibelstunde.

#### Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 11. Nov. 1923, 8 Uhr Frühmesse; ¼ 10 Uhr  
Predigt und Amt; 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Got-  
tesdienst in Bad Liebenzell. Werktag h. Messe ¼ 8 Uhr.

#### Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 11. Nov. vorm. ¼ 10 Uhr Predigt, Fö-  
ker; 11 Uhr Sonntagsschule; 5 Uhr Predigt, Hof. Mittwoch,  
8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Stammheim, vorm. ¼ 10  
Uhr Predigt, Biecher; ¼ 2 Uhr Predigt, Hof; Mittwoch,  
8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.  
Druck und Verlag der K. Celschinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Die hohen Kosten für Heizung und Beleuchtung zwingen uns,  
von jetzt ab  
unser Verkaufsräume  
mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen.  
Ferner wird jetzt schon  
von mittags 3 Uhr ab nach dem neuesten  
Goldmarkkurs verkauft.  
**Kleinhandelsbund Calw.**

### Ausnahme-Angebot

1000 Stück  
**Osram-Lampen**

von 16 bis 50 Kerzen  
pro Stück 1.10 Goldmark  
solange Vorrat

**Christian Kurz**  
Technisches Büro Calw  
Fernsprecher 57.

Briefumschläge  
Versandtaschen  
liefert die  
Tagblatt-Druckerei.

**Süddeutsche Fischhandels-Gesellschaft**  
m. b. H. Stuttgart

Niederlage in Calw

**Frik Freudenberger, Lebensmittel,**  
Bahnhofstraße Fernsprecher 53.

### Warum ist die Anzeige in der Tages- zeitung die erfolgreichste Reklame?

Die Tageszeitung wird in allen Schichten  
der Bevölkerung gelesen; sie geht in den  
Familien von Hand zu Hand, liegt in den  
Fabrik- und Handels-Kontoren, in den  
Schreibstuben der Behörden auf, sie wird  
täglich von Tausenden an zahlreichen Ver-  
kehrs- u. Gaststätten zur Hand genommen!

Verbreitung und Gelesenheit der Tageszeitung  
vereinigen sich so zu bester Werbewirkung!

Wir beehren uns, zu unserer am Samstag, den  
10. November, 1 Uhr stattfindenden

### kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Eugen Bauer,  
Emilie Schwinghammer,  
Bad Teinach.

### An unsere Postbezieher!

Bei den Postbeziehern wird in den  
nächsten Tagen durch die Post

### der Unterschiedsbetrag

zwischen dem bereits bezahlten Bezugsgeld  
und der wirklichen Bezugsgebühr für die

1. Hälfte des Monats November  
in Höhe v. 50 Milliarden M.

nacherhoben. Naturalbezieher wer-  
den von der Nacherhebung nicht be-  
troffen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Gesucht werden  
zwei Metallbrücker  
tüchtig.  
Näheres  
Bezirksarbeitsamt.

Ein 1,20 Zentner schweres  
**Schwein**  
tauscht gegen Hen.  
E. Luz, Althengstett.

Mehl veräußert  
gegen Kartoffeln  
Zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

Ein komplettes  
**Schlafzimmer**  
eichen, (dunkel gebeizt) mit  
Spiegelschrank sofort billig  
zu verkaufen.  
Zu erfragen bei  
Schreinerin. Linkenheil.

Hirsau.  
Ein Paar ältere, massiv  
Nußbaum polierte

**Bettladen**  
mit Kist u. Kell veräußert  
gegen Lebensmittel.  
Karl Kraft.